



Beschlussvorlage 13/18 der Kinder- und Jugendkommission

Gegenstand der Beschlussvorlage:
Stellungnahme der Kinder- und Jugendkommission zur Lage von jungen Menschen in Corona-Zeiten

Eingebracht am:	Einreicher/-in:	13/18
16.06.2021	Arbeitsgruppe	

Beschlussvorlage

Vor dem Hintergrund sinkender Inzidenzwerte und steigender Impfquoten ist es an der Zeit die letzten 16 Monate im Krisenmodus zu reflektieren. Mit einem Rückblick will die niedersächsische Kinder- und Jugendkommission die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen beleuchten und daran anschließend notwendige Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen in der beigefügten Stellungnahme benennen.

Kurze Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie enorme Auswirkungen auf die Lebenssituation von jungen Menschen in Niedersachsen hatten:

- Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen wurden nahezu ausgesetzt. Ihre Bedürfnisse und Belange wurden nicht wahrgenommen bzw. zugunsten der älteren Bevölkerung hintenangestellt.
- Durch Kontaktbeschränkungen, Kita- und Schulschließungen sowie dem Wegfall außerschulischer Lern-, Erfahrungs- und Freiräume wurden junge Menschen in ihrer Entwicklung bezüglich ihrer Kernaufgaben Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung erheblich eingeschränkt.
- Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben benachteiligte Gruppen (auch) junger Menschen besonders hart getroffen. Eine

pandemiebedingte Verschärfung der Chancenungleichheit in Niedersachsen ist zu befürchten.

Der überwiegende Teil der jungen Menschen in Niedersachsen hat die beschriebenen Einschränkungen zum Schutz der älteren Bevölkerung geduldig hingenommen und damit einen erheblichen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie geleistet. Dies erfordert gesellschaftliche Anerkennung sowie im Gegenzug einen ernst gemeinten Ausgleich, damit die Auswirkungen und Folgen der Pandemie ihr Leben nicht nachhaltig beeinträchtigt.

Das Corona – Aufholprogramm des Bundes ist hierbei ein guter erster Schritt. Ohne soziale Reformen, die das Ziel haben langfristig sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken, ist jedoch zu befürchten, dass die geplanten Maßnahmen keine nachhaltige Wirkung erzielen können (vgl. Bundesjugendkuratorium).

Forderungen:

Die Kinder und Jugendkommission fordert daher eine nachhaltige und zeitnahe Bearbeitung der Erfahrungen und Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, um die Lage junger Menschen in aber auch außerhalb von Krisenzeiten nachhaltig zu verbessern.

Folgende Elemente sehen wir als zwingende Voraussetzung:

1. Kinder und Jugendrechte müssen in politischen Entscheidungen bedacht und umgesetzt werden. Hierfür ist ein Einbezug von Kindern und Jugendlichen selbst als Expert*innen ihrer Lebenswelt, sowie fachliche Expert*innen für ihre Entwicklung, bei allen Entscheidungen, die die Handlungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen beim Aufwachsen sichern, zwingend notwendig! Eine Rahmung von Rechten in Zeiten einer Krise muss jungen Menschen gegenüber legitimiert sein. Jede Maßnahme soll auf die Einschränkung von Kinderrechten überprüft werden und ggf. beraten werden, ob es verhältnismäßigere und geeignetere Maßnahmen gibt.
2. Eine gesellschaftliche Priorität für die Förderung der Entwicklung von jungen Menschen sowie den Kinderschutz in Gesetzen und Rechtsverordnungen soll verankert werden. Auch in Krisenzeiten soll das institutionelle Gefüge

des Aufwachsens Schutz, Beteiligung und Förderrechte junger Menschen umsetzen.

3. Um die Erreichbarkeit junger Menschen nicht nur in Krisenzeiten zu gewährleisten, sollte vor Ort eine enge Verzahnung und Vernetzung in Form eines regelmäßigen Austausches von Jugendhilfe und weiteren im Kinder- und Jugendalter aktiven Akteuren wie Schulen geregelt sein.
4. Strukturen der Kinder und Jugendhilfe müssen nachhaltig unterstützt werden, da sie eine Anlaufstelle für viele Kinder und Jugendliche darstellen. Besonders junge Menschen in marginalisierten und prekären Lebenslagen müssen besser abgesichert werden, so dass sie in Krisenzeiten durch Maßnahmen nicht noch stärker benachteiligt werden. Hierfür soll eine strukturell abgesicherte und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsstruktur gewährleistet sein und bürokratische Hürden abgebaut werden.
5. Es müssen weitreichende Maßnahmen für eine Chancengleichheit aller jungen Menschen in Niedersachsen getroffen werden. Hierzu gehört eine weitere Entwicklung von Digitalisierung und Infrastruktur, um Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auszubauen.
6. Damit Krisen nicht dazu führen, dass sich soziale Ungleichheit weiter verschärft, sind grundlegende (soziale) Reformen unumgänglich: Kinder- und Jugendarmut muss nachhaltig bekämpft werden (Kinder- und Jugendgrundsicherung). Das formale Bildungssystem soll gewährleisten, dass junge Menschen unabhängig von familiären Ressourcen erfolgreich sein können. (Bildungs)benachteiligte junge Menschen benötigen eine Ausbildungsplatzgarantie. Junge Erwachsene ohne familiäre Unterstützung benötigen bezahlbaren Wohnraum. Von Diskriminierung betroffene junge Menschen benötigen Schutz- und Empowerment Träume.

Abstimmung der Beschlussvorlage am:
16.06.2021/Ende des Umlaufverfahrens
13.06.2021

Ergebnis:
Im Umlaufverfahren mehrheitlich
beschlossen